

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



Nr. 310.

für Inhalt und Charakter.

Jahrgang 106.

Montag-Ausgabe

Montag, 6. Juli 1908.

Preis für Halle a. S. 20 Pf., für das Reich 30 Pf., für das Ausland 40 Pf. — Die Zeitungspreise sind einschließlich der Postgebühren. — Die Zeitungspreise sind einschließlich der Postgebühren. — Die Zeitungspreise sind einschließlich der Postgebühren.

Verlagsgesellschaft für die Sächsische Zeitung in Halle a. S. — Druck und Verlag von Carl Schöler in Halle a. S.

Die politische Entwicklung und die Lage des Königreichs Sachsen.

Die Tatsache, daß von den dreizehnhundert Reichstagsmandaten des Königreichs Sachsen zweihundertzwanzig der Sozialdemokratie zugefallen sind — darunter achtzehn schon in den Hauptwahlen —, wird in der gesamten Presse aller Parteien eifrigster Erörterung unterzogen. Die Zeitungen des Rechts und der bürgerlichen Demokratie dokumentieren wieder einmal die ihnen eigentümliche Oberflächlichkeit in der Betrachtung und Erklärung politischer Geschehnisse und zeigen sich einig und allein blind von dem Bestreben verführt, im subjektiven Parteierkenntnis dem bisher in Sachsen an der Herrschaft gewesenen politischen Gegner eins auszuweichen: das in seinen Grundzügen konservativ gerichtete Kartell, die „reaktionäre“ Politik der „Hofratspartei“, soll Schuld und der Liberalismus vom Schicksal des „Berliner Tageblattes“ allein fähig sein, das von der Sozialdemokratie bedrohte Königreich zu retten. Andererseits aber müssen wir auch betonen, daß die bekannnten und beklagenswerten Unglücksfälle, die in den letzten Jahren das sächsische Land heimgeführt haben, für die sozialdemokratischen Erfolge in erster Linie verantwortlich zu machen sind. Sie waren wohl eine Ursache, auch wohl die den letzten Anstoß gebende Ursache, sie lieferten Sturzwasser auf die Mühle der Sozialdemokratie und trieben das Rad zu schnellerer Drehung. Aber der Strom der sächsisch-politischen Entwicklung liegt mit seinem Quellpunkt tiefer und weiter zurück. Sachsen wäre auch ohne jene Unglücksfälle von der Sozialdemokratie „erobert“ worden — wenn auch erst fünf Jahre später. Was Sachsen jetzt erlitten hat, ist keineswegs letzten Endes auf die subjektive Verführung — die „falsche Politik“ — seiner Regierung zurückzuführen. Zwei Umstände vielmehr sind es, für die Sachsen und seine Regierung so gut wie garricht verantwortlich sind, die zu den sozialdemokratischen Erfolgen geführt haben und über kurz oder lang hätten führen müssen: Einmal der natürliche Charakter Sachsens als Industrieland und dann die Gestaltung der Reichspolitik gegenüber der Sozialdemokratie.

Die Bevölkerung eines Industrielandes wird zunächst der Regel nach in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht liberal gerichtet sein. Das trifft auch auf Sachsen in vollstem Maße zu. Aus den Wahlen des Jahres 1871 find 13 national-liberale, 8 fortschrittliche und 2 sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag gelangt. Wie aber überall, so ist es auch in Sachsen dem Liberalismus nicht gelungen, die städtischen und industriellen Arbeiter bei der Fahne zu halten. Sie sind von der Sozialdemokratie gewonnen, und damit ist — auf der Grundlage des bestehenden Reichstagswahlrechtes — der städtische und industrielle Liberalismus politisch matt gelegt worden. Das Reichstagswahlrecht zwingt die Politiker, sich auf Massen zu stützen. Waren die industriellen Arbeiter an die Sozialdemokratie verloren gegangen, so blieb für eine anti-sozialdemokratische und nationale Politik allein noch die Masse der Kleinbürger, der Handwerker, kleinen Kaufleute und sonstigen Gewerbetreibenden und der Bauern zur Verfügung. Eine Politik aber, die sich auf diese Massen zu stützen gewöhnen ist, muß notwendiger Weise ein konservatives Gepräge annehmen. Dieser Uebergang vollzieht sich in Sachsen schon Ende der sechziger und Anfang der achtziger Jahre. Der sächsische Konservatismus ist auch in seiner Grundtatsache durchaus bürgerlich, ja sogar kleinbürgerlich Charakter, im Gegensatz zum altpreussischen, der, früher wenigstens, aristokratisch gerichtet war.

So befand sich denn Sachsen in der eigentümlichen und zwiespältigen Lage, daß es sich, obwohl Industrieland ersten Ranges, in seiner Politik doch im anti-sozialdemokratischen und nationalen Interesse auf die kleinbürgerliche Masse stützen mußte. Das wäre ein unhaltbarer Zustand gewesen, wenn nicht einerseits die sächsische Regierung sich ihrer Pflicht gegenüber der sächsischen Industrie stets bewußt gewesen wäre, und wenn nicht andererseits die sächsischen konservativen Parteiführer Maßigung und Einsicht genug besaßen hätten, auch die national-liberalen und spezifisch kleinbürgerlichen Rechte gebührender Würdigung anzuwenden, während wiederum die national-liberalen Führer dem nationalen und vaterländischen Gedanken mit genügend selbstloser Treue anhängen, um auf ihrem Parteistandpunkt nicht starr und einseitig zu beharren. Das Ergebnis

politischer Einsicht, vaterländischer Opferwilligkeit und — schließlich — auch der Not und des Erhaltungstriebes gegenüber dem sozialdemokratischen Ansturm ist die sächsische Kartellpolitik gewesen.

Erfährt werden mußte die auf die Kleinbürgerliche und bäuerliche Masse sich stützende konservative Vorherrschaft durch die Gestaltung der Reichspolitik, wie sie etwa mit dem Jahre 1890 ihren Anfang nahm. Das Sozialistengesetz fiel. Die Sozialdemokratie triumphierte und brang siegreich mit vermehrter Macht vor. Das hatte zunächst eine bemerkenswerte Folge. Die sächsische Regierung mußte die Sozialdemokratie in Schranken halten. Nachdem ihr das große Mittel des Ausnahme-gesetzes durch die Reichspolitik aus der Hand geschlagen war, war sie unter allen Umständen genötigt, zu kleinen Mitteln zu greifen — zu Polizeimitteln. So nahm denn die sächsische Politik — und das ging garricht anders, man mochte wollen oder nicht — den hier und da so verständnislos getadelten und nur als hitzige empfindenen Polizeicharakter an. Damit mußte man die Sozialdemokratie in Schranken halten. Das gelang wohl äußerlich. Aber man reiste sie auch damit, ohne sie irgendwie föhlich treffen zu können.

Während einerseits der Sozialdemokratie als „gleichberechtigter Partei“ durch den Fall des Sozialistengesetzes die Wege zum Normalrecht geöffnet waren, wurden andererseits durch eine weitgehende und in einseitigen Arbeiterinteresse gelegene soziale Gesetzgebung dem Bürgertum neue Pflichten und schwere Lasten aufgebürdet. Und man glaube nicht, daß diese Lasten am brüderlichen von der Großindustrie empfunden werden. Gerade der kleine und mittlere Gewerbetreibende — bei dem der Pfennig einen Taler wert ist — senkt darunter am meisten. Die Gefellen- und Lehrlingsfrage, die Frage der Arbeitszeit und im besonderen noch die Frage der Arbeitsfreudigkeit — das alles sind Existenzfragen für den Kaufmann und Handwerker. Die staatliche Arbeiterschutzgesetzgebung hätte sich wohl aus sozialen Pflichtgefühl willig tragen lassen. Aber die händigen Separaten der Sozialdemokratie, ihr unablässiges Säen von Unzufriedenheit machte aus den Lehrlingen, Gefellen und Gefellen widerspenstige und träge Arbeiter. Solche Widerspenstigkeit und Trägheit wuchs mit dem Fortschreiten der Sozialdemokratie. Und das hat für den kleinen Handwerker und Kaufmann unendlich viel, nahezu alles zu bedeuten, wo der ganze Arbeitsertrag auf Fleiß zur Arbeit und Liebe zum Geschäft, also auf rein persönliche Tüchtigkeit gestellt ist.

Es zeigten sich denn auch im Königreich Sachsen die Folgen der mit dem Jahre 1890 in die Wege geteierten Reichspolitik ganz überhoben schnell. Die Wahlen des Jahres 1893 brachten die Erfolge des sächsischen Antisemitismus. Diese Erfolge waren der bunte Ausdruck der Unzufriedenheit, in der das sächsische Kleinbürgertum erfaßt war und insoweit deren es irgendwie in die Opposition gehen wollte, ohne doch die durch vaterländische Gesinnung gesteckten Grenzen zu überschreiten.

Die aller Fesseln liebige Sozialdemokratie schritt unentwegt weiter vor. Schon im Jahre 1893 konnte sie sich rühmen, daß sie selbst bei den Landtagswahlen 35,5 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhalten hätte. Im sächsischen Landtage wurden die sozialdemokratischen Abgeordneten immer ungebiger und ungeblicher. Immer drohender verlangten sie die Verfassungsänderung durch Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, wodurch das sächsische Land in absehbarer Zeit in ihre Hände hätte fallen müssen. Es bestand gegenüber dem sozialdemokratischen Ansturm geradezu eine Staatsnotlage. Da erfolgte denn 1896 das Notgesetz, in dem durch Wänderung des bestehenden Wahlrechts vorläufig wenigstens man sich seiner Haut zu wehren suchte. Selbstverständlich bot das Reichstagswahlrecht das Ventil, durch das sich der sozialdemokratische Jörn unbehindert entlassen konnte. Und schließlich ist dann das gekommen, was wir bei diesen Reichstagswahlen erlebt haben.

Es mußte so kommen. Es handelt sich in der Entwicklung und in dem gegenwärtigen Zustand Sachsens im Grunde nicht um eine spezifisch sächsische Schuld. Es liegt hier vielmehr der typische Fall eines hoch entwickelten Industrielandes vor, das der Sozialdemokratie schuflos preisgegeben worden ist. Doch Sachsen Industrieland ist, ist nicht seine Schuld, sondern seine Natur. Daß dieses Industrieland aber der Sozial-

demokratie schuflos preisgegeben worden ist, das ist Schuld der Reichspolitik, die durch das Einschlagen vollkommener Irrgänge seit dem Jahre 1890 der Sozialdemokratie die Wege nicht nur nicht verlegt, sondern geradezu gebnet hat.

Durch die Schuld der Reichspolitik ist Sachsen mit Naturnotwendigkeit in eine politische Sackgasse hineingebannt worden. Nie und nimmer kann Sachsen für sich allein mit seinen Sozialdemokraten fertig werden. Sachsen ist in dieser Hinsicht auf das Reich angewiesen. Die Behandlung des sozialdemokratischen Uebels ist und kann nur sein: Reichsangelegenheit.

Die Presse der bürgerlichen Demokratie glaubt, der Sozialdemokratie werde Abbruch geschehen durch Befestigung des Not-Abgabegesetzes von 1896 und Wiederherstellung des status quo ante. Daß für das politische Leben Sachsens an sich ein freierer Spielraum nötig ist und daß auch eine lokale rivalität bürgerlicher Parteien zur Befruchtung des politischen Lebens beitragen kann, mag wohl sein. Die Schaffung eines solchen freieren Spielraums hat aber eine unerlässliche Vorbedingung: man muß sich zugleich von der Sozialdemokratie befreien, man muß sich ihrem Anbrang gegenüber Luft schaffen. Wendet man das bestehende Wahlrecht jetzt um der Sozialdemokratie willen und gerade zu gunsten der Sozialdemokratie, dann bringt sich Sachsen mit seinen Sozialdemokraten in genau die gleiche Lage, in die Deutschland durch Aufhebung des Sozialistengesetzes geraten war: die Sozialdemokratie triumphierte und wuchs in unerhörter Weise. Fallt jetzt in Sachsen das bestehende Wahlrecht in Folge der sozialdemokratischen Reichstagswahlen, so ist damit der Beweis vor dem ganzen Lande geliefert, daß die Sozialdemokratie in Sachsen die stärkste und unübersteigliche politische Macht ist. Das sozialdemokratische Machtbewußtsein aber und der Glaube an die sozialdemokratische Macht sind wiederum die stärksten Quellen sozialdemokratischen Machtwachstums. Macht Sachsen gerade jetzt der Sozialdemokratie Konzessionen, so gibt es sich der Sozialdemokratie reitunglos preis.

Eins, einzig und allein Eins giebt es, was Sachsen nach dem Ausfall der Reichstagswahlen jetzt zu tun hat: Es muß im Bundesrat die Führung einer Politik übernehmen, die unter allen Umständen darauf gerichtet ist, endlich einmal jedes zu Gebote stehende Mittel im Kampf gegen die Sozialdemokratie anzuwenden. Sachsen muß um seines Dafens willen im Bundesrat die Reichspolitik auf den richtigen Weg gegenüber der Sozialdemokratie drängen. Sachsen muß im Bundesrat verlangen, daß die seit 1890 begangenen Fehler der Reichspolitik mit Stumpfung und Stiel ausgerottet werden.

Das Reich aber und die verantwortlichen Leiter der Reichspolitik werden nicht umhin können, sich an dem sächsischen Fall ein Beispiel zu nehmen. Was Sachsen erlitten hat, muß sich mit dem unerlässlichen Fortschreiten auf der Bahn der Industrie- und Weltpolitik für ganz Deutschland in absehbarer Zeit in viel größerem Maßstabe wiederholen. Wie Sachsen jetzt nimmermehr instande ist, allein mit seinen Sozialdemokraten fertig zu werden, so wird dann das Reich dem sozialdemokratischen Ansturm wehrlos gegenüberstehen. Gerade eine Politik der bürgerlichen Freiheit hat zur unerlässlichen Vor- und Nebenbedingung eine Politik des Zwanges gegenüber der Sozialdemokratie. Söht man den Sozialdemokraten freien Spielraum, so verringert sich naturgemäß der Bewegungsdrang der bürgerlichen Welt, bis diese schließlich in einer Sackgasse erbrückt und erstickt zu werden droht. Drängt man die Sozialdemokratie zurück, dann ist Platz da, auf dem die bürgerlichen Gruppen und Parteien tummeln und auf dem sie für ihre mannigfachen Interessen zu lokalen Weltfrieden in die Schranken treten können.

Deutsches Reich.

* Ein Rückblick auf die Wahlen. Der Rückblick auf das Ergebnis der Wahlen schreibt die „N. N. Ztg.“: Die Parteien der Rechten, das Zentrum und die National-Liberalen sind sämtlich ohne nennenswerte Schwächung ihres Mandatbestandes aus den Wahlen hervorgegangen, und damit halten wir für alle nationalen Kräfte eine sichere Mehrheit im Reichstago als gegeben. Für die nächste große Aufgabe, die Bundesverträge, kann die Lage sogar als durch das Ausbleiben

Das rätionalste Mittel der Kontraktion... Die Sozialdemokratie... Der Vorwurf, daß es an einem geschlossenen Überflusse...

Die gewerblichen Erwerbsgesellschaften... Die Sozialdemokratie gesichert... Die wahren Ursachen der Prozessverschleppung...

Die wahren Ursachen der Prozessverschleppung... Der Reichstag wird vielfach sich einmal dazu aufstellen...

Die wahren Ursachen der Prozessverschleppung... Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen...

Die wahren Ursachen der Prozessverschleppung... Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen...

Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen... Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen...

Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen... Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen...

Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen... Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen...

Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen... Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen...

Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen... Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen...

Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen... Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen...

Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen... Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen...

Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen... Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen...

Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen... Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen...

Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen... Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen...

Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen... Die Reichsregierung wird vielfach sich einmal dazu aufstellen...

Socialminister Chamberlain

bediente in seiner Eigenschaft als Kanzler der Universität Birmingham die Freigabe der Erteilung von akademischen Graden bei und hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in welcher er den national

Aus Nah und Fern.

Am 14. d. d. deutschen Bundesräthe trafen in Hannover zahlreiche Verhandlungen aus dem Innern und Aussen, auch aus Amerika, die

Ueberrumpfung. Sonnabend früh um 3 Uhr erschien im unbebauten Teile der Windmühlstraße in Charlottenburg ein etwa 22 Jahre alter Mann

Der Papst. Der Papst hatte Sonnabend nacht einen Einmachtsanfall. Er fühlte sich am Freitag nachmittags nach dem Empfang von ungarischen Studenten erschöpft und fiel in der Nacht

Jubiläumfest von Osnabrück. Die Festlichkeiten anlässlich des dreihundertjährigen Bestehens der Stadt Osnabrück nahmen Sonnabend vormittag ihren Anfang.

Verhaftung für Diebstahl. Professor G. Schellerer, der Schöner des Amtes der Provinzialverwaltung in Magdeburg, ist angeblich mit einer Mobilkasse zu einem Denkmalschmuckgeschäft in Hamburg auf verlaufen.

Einwanderung über Bremen. Im ersten Halbjahr 1903 wanderten über Bremen 97 000 Personen gegen 82 041 in der gleichen Zeit des Vorjahres aus; darunter befanden sich 8096 Deutsche.

Zusammenstoß. Das Schwurgericht zu Altona verurteilte den Schläger Malina wegen Ermordung der Dame Schmidt zum Tode.

Einvernehmlich. Der Statthalter zufolge kam im Monat Mai 69 Gesellschafter und 23 Kammerfräule, darunter 26 Deutsche, vollständig verloren gegangen.

Einvernehmlich. In Dresden wird noch berichtet, daß es besonderer Vorkehrungen bedürfte, um den nicht gefährlichen Jagel bei Rat zu überführen.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

Die für dieses Jahr von der Altertumskommission für Westfalen geplanten Ausgrabungen auf dem Römervelde bei Galtern werden schon in den nächsten Tagen in Angriff

Genau, 4. Juli. (Prof. Th. H. H.) Der bekannte Zoologe Th. H. H. ist zum ordentlichen Professor für praktische Zoologie an der hiesigen Universität ernannt worden.

Stort und Nord.

Redevorfahren zu Friedheim. Im Niederrheinischen wurden die Redevorfahren zu Friedheim (Westen) (Westen) und Hüls (Geld) drittes - Im Landenpforten wurden

Schwurgericht zu Halle a. S.

Halle, 4. Juli. (H. H.) Die letzte Sitzung dieser vierter Reihe beschloß sich mit der Anklage wider den 42 Jahre alten Arbeiterherr Ernst Kolbe aus Mittelfeld wegen

Der Angeklagte Kolbe ist hater verurteilt, lebt aber gerettet von seiner Frau und einer Schwester, die Mord und Mordanschlag im Winterfeld geschworen zu haben, indem er als Beuge in der Ehebrechungsangelegenheit der Beschuldigten

Gerechtigkeitszeitung.

Kaiserliche Treuebeweisung. Am ersten Tage des Jahres (Gerechtigkeitszeitung) hat die Kaiserliche Reichsanstalt die Erlaubnis zur Herausgabe der Zeitung für 1899/1900, dabei namentlich die Erlaubnis des Monats, sowie des Genusses aus dem Reichsbesitz

Die Angelegenheit der Reichsanstalt, die die Erlaubnis zur Herausgabe der Zeitung für 1899/1900, dabei namentlich die Erlaubnis des Monats, sowie des Genusses aus dem Reichsbesitz

Provinz Sachsen und Umgebung.

Halle, 4. Juli. (König G. G.) Die heutige Sitzung unserer Stadt- und Provinzialverwaltung, wobei die fernste Beschlüsse und die Reichsversammlung, die die fernste Beschlüsse und die Reichsversammlung, die die fernste Beschlüsse

meistert Ihre an mich gerichteten Worte haben mir große Freude gemacht. Man wird mitunter irre an seinem

Letzte Telegramme.

München, 5. Juli. Unter dem Ehrenvoritz des Prinzen Ludwig Ferdinand von Bayern hielt heute vormittag der

Rom, 5. Juli (7 Uhr abends). Der Zustand des Papstes ist im ganzen unverändert; es heißt, daß eine geringe Besserung eingetreten wäre. Ein Gerücht will wissen, daß trotz dieser leichten Besserung der Papst, der gestern und heute

Rom, 5. Juli (9 Uhr abends). Der Papst empfing 8 1/2 abends vom päpstlichen Sakristan H. H. die Sterberatsamung, um den Papst und die Sterberatsamung umgeben.

Rom, 5. Juli (11 Uhr abends). Der Papst nahm abends, als er die Kommunion empfing, auf dringendes Bitten der Ärzte die ihm gereichten Arzneien.

Graz (Ungarn), 4. Juli. In den Kohlenbergen zu Annabach im 12000 u. U. 1000 Arbeiter wiederholte Kohlen

Madrid, 5. Juli. Der mit der Unterführung über das Eisenbahnviadukt auf der Strecke Bilbao-Saragossa beauftragte Beamte hat festgestellt, daß das Viadukt auf Festigkeit im Dienst zurückzuführen ist.

Moskau, 4. Juli. Die heutige Sitzung der Deputierten kammer nahm einen stürmischen Verlauf. Die Politik des neuen Kabinetts wird von der Opposition unter lebhaften Anfeindungen heftig angegriffen.

Konstantinopel, 5. Juli. (Meldung des Wiener K. R. Telegr.-Korresp.-Bureau.) In Salonik geht neuerdings das Gerücht, es seien Anschläge der Komittees zu erwarten.

New-York, 4. Juli. Das neue amerikanische Telegrammenkabel durch den Südpazifik, das die Vereinigten Staaten über Honolulu und Guam mit den Philippinen verbindet, wurde heute eröffnet.

Frankfurt, 4. Juli. (König G. G.) Die heutige Sitzung unserer Stadt- und Provinzialverwaltung, wobei die fernste Beschlüsse und die Reichsversammlung, die die fernste Beschlüsse

Frankfurt, 4. Juli. (König G. G.) Die heutige Sitzung unserer Stadt- und Provinzialverwaltung, wobei die fernste Beschlüsse und die Reichsversammlung, die die fernste Beschlüsse

Frankfurt, 4. Juli. (König G. G.) Die heutige Sitzung unserer Stadt- und Provinzialverwaltung, wobei die fernste Beschlüsse und die Reichsversammlung, die die fernste Beschlüsse

Frankfurt, 4. Juli. (König G. G.) Die heutige Sitzung unserer Stadt- und Provinzialverwaltung, wobei die fernste Beschlüsse und die Reichsversammlung, die die fernste Beschlüsse

Frankfurt, 4. Juli. (König G. G.) Die heutige Sitzung unserer Stadt- und Provinzialverwaltung, wobei die fernste Beschlüsse und die Reichsversammlung, die die fernste Beschlüsse

